



**Baden-Württemberg  
Landesvorstand**

## **Resolution zu den terroristischen Anschlägen gegen die USA**

**I.**

Die entsetzlichen Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben Tausende unschuldiger Menschen getötet. Sie waren darüber hinaus ein Angriff auf die Werte, die das Fundament auch unserer Gesellschaft sind: Demokratie, Freiheit und Toleranz. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat diese terroristischen Gewalttaten als eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bezeichnet und gefordert, dass die Verantwortlichen für die Anschläge, die Organisatoren und ihre Finanziers ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir unterstützen die Forderungen des Sicherheitsrats.

Es gibt für diese terroristischen Mordtaten keine Rechtfertigung. Die Täter und ihre Helfer und Hintermänner können nicht für sich in Anspruch nehmen, die Hungernden dieser Welt oder unterdrückte Völker zu vertreten. Sie stehen nicht für ein Volk, sie stehen nicht für eine Religion, sie stehen nicht für eine Kultur. Sie haben sich mit ihrem Fanatismus und ihrer Unmenschlichkeit zum Feind aller Völker gemacht. Dieser internationale Terrorismus erfordert eine klare und deutliche Antwort möglichst vieler Staaten, Völker und Nationen.

Wir erklären deshalb unsere Solidarität mit den USA und allen ihren Bürgerinnen und Bürgern. Damit diese Solidarität kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt, ist die Bundesrepublik Deutschland jetzt gefordert, in eigener Verantwortung und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Regeln selbst zu entscheiden, welche Hilfe mit welchen Mitteln sie für notwendig hält, um die terroristische Bedrohung erfolgreich zu unterbinden und die Sicherheit wiederherzustellen. Der NATO-Rat hat mit seiner Erklärung vom 12.9.2001 zum ersten Mal einem NATO-Mitglied Hilfe gegen einen bewaffneten Angriff zugesagt für den Fall, dass dieser von außerhalb der Vereinigten Staaten gesteuert wurde. Dies war eine sehr schwere Entscheidung. Wir erkennen dabei an und unterstützen, dass die Bundesregierung angesichts der terroristischen Angriffe auf US-Bürgerinnen und Bürger der Inanspruchnahme des Bündnisfalles nicht widersprechen konnte.

In der Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung als Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg lehnen wir Rache und Vergeltung als Antwort auf den Terror ab. Die weltpolitische Entwicklung seit den Terroranschlägen hat in breiten Teilen der deutschen wie der europäischen Öffentlichkeit die Sorge hervorgerufen, eine zu wenig besonnene Reaktion auf die Anschläge könnte die Rechnung der Terroristen aufgehen lassen, die auf eine Eskalation der Gewalt setzen. Die Sorgen vieler Menschen um den Weltfrieden nehmen wir ernst.

Jedes mögliche Vorgehen muss daher in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein, das über den Tag hinaus weist und ein Angebot zur wirksamen Behandlung der Konflikte enthält, aus denen sich Gewalt und Terror speisen. Wir stehen dabei für das Primat der Politik und für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Sicherheitspolitik, die neuen globalen Bedrohungen mit Krisenprävention und ziviler Konfliktbearbeitung begegnet und die Schaffung globaler Gerechtigkeit anstrebt. Sie muss darauf ausgerichtet sein, für die jeweils unterschiedlichen regionalen Konflikte konkrete politische Lösungsmöglichkeiten auf zu zeigen und auf den Weg zu bringen. Dabei wünschen wir uns, wie dies die Rolle Joschka Fischers im Nahostkonflikt zeigt, eine deutlich grüne Handschrift.

Vor diesem Hintergrund stellen wir fest: Die USA haben ein Recht auf Selbstverteidigung auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen. Kurzfristiges Ziel muss es jetzt sein, weitere terroristische Anschläge zu verhindern. Rechtsstaatliche Demokratien dürfen bei der Ermittlung und Bestrafung der Täter ihre eigenen Prinzipien nicht verletzen. Moralische Voraussetzung für das Funktionieren des internationalen Bündnisses der Völkergemeinschaft gegen den Terrorismus ist, dass jede Aktion, sei sie polizeilich oder insbesondere militärisch, sich nur gegen die Schuldigen richtet. Jeder Eskalation in diesem Konflikt, die sich gegen Unbeteiligte und Unschuldige richtet, werden wir mit aller Entschiedenheit entgegen treten.

## II.

Die bisherigen Erkenntnisse über die an den Anschlägen beteiligten Terroristen, ihre logistischen Zusammenhänge, ihre Vorbereitungen und die Flugzeugentführungen selbst zeigen, dass auch die innere Sicherheit in den USA und bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in vielen anderen Ländern verbessert werden muss.

Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit werden wir an den Maßstäben der Grundrechtsfestigkeit, Verhältnismäßigkeit und Effektivität messen. Es macht keinen Sinn, Vorschlägen zuzustimmen, die zu einer effektiven Terrorismusbekämpfung nichts beitragen, Sicherheit nur vorgaukeln und unsere freiheitliche Rechtsordnung beschädigen. Die Terrorismusdebatte darf nicht zum Abbau rechtsstaatlicher Grundsätze benützt werden. Wir setzen auf eine bessere Vernetzung der europäischen Sicherheitspolitik mit entsprechender Ausstattung der Sicherheitsorgane unter demokratischer Kontrolle. Zu der nun anstehenden Diskussion über eine Verbesserung der inneren Sicherheit müssen Grüne ein eigenes Konzept vorlegen.

## III.

Alle demokratischen politischen Kräfte in Deutschland rufen dazu auf, nicht in Pauschalurteilungen des Islam und der bei uns lebenden Muslime zu verfallen. Diesen Bekundungen müssen Taten folgen. Wir beobachten mit Sorge Tendenzen einer verstärkten Ausgrenzung und pauschalen Verdächtigung gegenüber Menschen aus arabischen Ländern und muslimischen Glaubens. Dadurch erhöht sich nicht nur die Gefahr einer Spaltung unserer Gesellschaft, sondern auch die Gefahr einer Solidarisierung dieser Menschen mit fundamentalistischen und extremistischen Gruppen. Jetzt gilt es, den Dialog zwischen den Kulturen zu intensivieren und aus zu bauen. Die Integration der hier lebenden AusländerInnen steht mehr denn je auf der politischen Tagesordnung.

Zivile und offene Gesellschaften beruhen auf der Vielfalt der Kulturen und Religionen. Jedes Versäumnis im Dialog mit den Kulturen, vor allem mit der islamischen, jedes Versäumnis der Verbesserung der Lebensbedingungen in jenen Ländern, die heute Brutstätten des Terrorismus sind, holt uns ein.

Abschottung, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit sind rückwärts gewandte Haltungen. Deshalb setzen wir uns mit allem Nachdruck weiterhin dafür ein, Zuwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen zu ermöglichen, ohne im Gegenzug humanitäre Standards für Flüchtlinge zu senken.

Wir stehen weiter zu unserer Vision einer Völkergemeinschaft weltoffener Demokratien. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft, zur Verteidigung dieser Demokratie dem Terrorismus zu widerstehen. Dazu gehört auch, ihm den politischen Boden zu entziehen durch Förderung von Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit.